

Ideenkatalog **Kommunalwahl.**

**Junge kommunalpolitische Ideen
für die CDU Baden-Württemberg.**

*Beschlossen im Landesausschuss
der Jungen Union Baden-Württemberg
am 12. November 2013*

Inhaltsverzeichnis

1.	Vorwort	3
2.	Ideenkatalog für landesweite Themen.....	3
2.1.	Einheitliches Schüler- und Studententicket über alle Verkehrsverbände hinweg.....	3
2.2.	Moped-Führerschein mit 15	4
2.3.	Flächendeckender Breitband-Ausbau / Lückenschließung beim Mobilfunkempfang	4
2.4.	WLAN-Angebot in baden-württembergischen Innenstädten und in allen öffentlichen Bussen und Bahnen im Land.....	4
2.5.	Ausweitung der Sperrstundenregelung für Gastronomiebetriebe / der Außenbewirtschaftungszeiten, entweder generell oder zu speziellen Anlässen	4
2.6.	Schuldenbremse für Kommunen	5
2.7.	Änderung Wahlrecht: Möglichkeit zur Kandidatur trotz Erstwohnsitz an Studien- oder Arbeitsort	5
3.	Ideenkatalog für Kandidatinnen und Kandidaten vor Ort:	5
3.1.	Durchführung regelmäßiger Jugendversammlungen in einzelnen Stadtteilen mit Moderatoren.....	5
3.2.	Erstwählerbrief verfassen	5
3.3.	Einrichtung eines Jugendgemeinderates als direktdemokratische Stimme der Jugend ..	6
3.4.	„Virtuelle Stadtführung“ fordern und selbst durchführen	6
3.5.	Ausbau des Kinder- und Ferienprogramms insbesondere zur Vermittlung der Stadtgeschichte, Kennenlernen der Umwelt und Natur vor Ort.....	6
3.6.	Schulstarter-Sets für Erstklässler	6
3.7.	Einführung von „Schnuppermitgliedschaften“ in Sport- und Kulturvereinen	7
3.8.	Einrichtung eines Wirtschaftsausschusses im Gemeinderat	7
3.9.	Gemeinderäte 2.0.....	7
3.10.	Präsenz der jeweiligen Kommune in sozialen Netzwerken wie Facebook	7
3.11.	Zusammenlegung von städtischen Einrichtungen mit anderen Kommunen / Interkommunale Zusammenarbeit.....	7
3.12.	Bewerbungen um Landesgartenschauen oder Kleine Gartenschauen / Flächenverbauchsmanagement	7
3.13.	Modernisierung der Straßenlaternen, Umstellung auf LED-Lampen.....	8

Beteiligte Autoren

Heiko Dietterle
Hannes Griepentrog
Steffen Kirsch
Nikolas Löbel
Silke Mittnacht
Christina Oberdorfer
Moritz Oppelt
Daniel Pflieger
Jan Tiesch
Simon Weißenfels

Ideenkatalog Kommunalwahl.

1. Vorwort

Kommunalwahlen sind auch immer JU-Wahlen. Bei Kommunalwahlen stehen JUlern und JUlern nicht nur an Infoständen, sondern zumeist auch selbst auf dem Stimmzettel.

Mit über 300 kommunalen Mandatsträgern ist die Junge Union eine wichtige gestaltende politische Kraft im Land. Damit das auch so bleibt, braucht es junge Köpfe und junge Ideen.

Gute Politik für die Menschen setzt immer in der kleineren Einheit vor Ort an. Dieses Subsidiaritätsprinzip bietet seit jeher eine wichtige Grundlage für christlich-demokratische Politik. Kommunen, Gemeinden und der Landesgesetzgeber sind immer nur gemeinsam stark. So ist es wichtig, dass auch das Land seine Möglichkeiten nutzt, um die richtigen Rahmenbedingungen für eine attraktive und erfolgreiche Kommunalpolitik vor Ort zu ermöglichen.

Dabei sehen wir als Junge Union einige Ansatzpunkte zu landesweit prägenden Themen. Darüber hinaus möchten wir mit diesem Thesenpapier unseren jungen Kandidatinnen und Kandidaten frische und junge Ideen an die Hand geben, die ggf. vor Ort im Kommunalwahlkampf zu thematisieren sein könnten.

2. Ideenkatalog für landesweite Themen

2.1. Einheitliches Schüler- und Studententicket über alle Verkehrsverbände hinweg

Mobilität ist gerade für junge Menschen wichtig – ob in Ausbildung, Studium oder Beruf. Es ist Aufgabe der Politik, Mobilität attraktiv zu gestalten. Dazu dient ein gut ausgebautes Netz der öffentlichen Personennahverkehrssysteme, aber eben auch eine übergreifende Zusammenarbeit der Verkehrsverbände. Der Ausbildungs-, Studien- oder Arbeitsplatz liegt heute oftmals nicht mehr vor der Haustüre, sondern in einiger Entfernung. Fahrscheine, die nur bis zur willkürlich festgesetzten Grenze des jeweiligen Verkehrsverbands gelten, behindern attraktive Mobilität. Hier sind – neben der Koordination durch den Landesgesetzgeber – insbesondere die Landkreise gefragt, sich nicht nur um den Verkehr innerhalb des Kreises oder der Region zu kümmern, sondern auch die Anbindung an alle Nachbarkreise attraktiv zu gestalten. Ziel sollte eine landesweite Koordinierung der Verbände oder sogar einheitlicher landesweiter Verkehrsverbund sein. Darüber hinaus wären auch Kooperationen mit anderen Bundesländern oder mit anderen Staaten insbesondere für Schüler und Studenten aus den Grenzgebieten erstrebenswert.

Außerdem sollte gelten, dass Schüler – die finanziell oft in einer noch angespannteren Situation sind – in der Gültigkeit der Tickets sowie bei den Preisen für Zeitmarken nicht schlechter gestellt sind als Studenten. Daher regen wir die Zusammenführung von Schüler- und Studententickets zu einem landesweit einheitlichen Juniorenticket zu günstigen Konditionen an.

2.2. Moped-Führerschein mit 15

Gerade im ländlichen Raum ist es eine elementar wichtige Aufgabe für die Zukunft, den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs zu forcieren. Aber auch der frühzeitige Einstieg in den Individualverkehr ist wichtig. Gerade Schüler oder junge Auszubildende aus den ländlich geprägten Gebieten unseres Bundeslandes haben oftmals Probleme zur Schule oder zum Ausbildungsplatz zu kommen. Das Land Baden-Württemberg ist daher gehalten, den Moped-Führerschein bereits mit 15 Jahren zu ermöglichen.

2.3. Flächendeckender Breitband-Ausbau / Lückenschließung beim Mobilfunkempfang

Die virtuelle Welt gehört heute zu unserem alltäglichen Leben. Ob privat oder beruflich nutzen wir regelmäßig das Internet, um uns zu informieren oder gesellschaftlich oder geschäftlich zu partizipieren. Eine zuverlässige landesweite Versorgung aller baden-württembergischen Haushalte mit leistungsstarker Breitbandversorgung ist zentrale Ausgabe einer zukunftsorientierten Infrastrukturpolitik. Dasselbe gilt für den Mobilfunkempfang. Hier kommt noch hinzu, dass auch eine effektive medizinische Notfallversorgung beispielsweise bei einem Verkehrsunfall nur mittels Mobilfunk möglich ist.

2.4. WLAN-Angebot in baden-württembergischen Innenstädten und in allen öffentlichen Bussen und Bahnen im Land

Es sollte Ziel sein, eine zuverlässige und schnelle Netzverbindung in baden-württembergischen Innenstädten, öffentlichen Einrichtungen, Gastronomie und Bussen und Bahnen im ganzen Land einzuführen. Dies hätte Vorbildcharakter. Im internationalen Vergleich zu Asien oder Skandinavien ist die Versorgung mit WLAN-Netzen in deutschen Großstädten weit zurückgeblieben. Das Land Baden-Württemberg sollte gemeinsam mit den Kommunen für ein attraktives und zuverlässig schnelles Angebot in den baden-württembergischen Innenstädten sorgen, um eine attraktive Versorgung für Besucher, Kunden und Touristen sicher zu stellen. Dabei sollten möglichst Einzelhandel, Gastronomie und öffentliche Einrichtungen in das Konzept eines gemeinsamen WLAN-Netzes mit einbezogen werden. Daneben fordern wir einen schnelleren Ausbau des mobilen Internets durch die Provider.

2.5. Ausweitung der Sperrstundenregelung für Gastronomiebetriebe / der Außenbewirtschaftungszeiten, entweder generell oder zu speziellen Anlässen

Unsere Innenstädte sollen lebendig sein. Tags durch attraktiven Einzelhandel, abends und nachts durch attraktive kulturelle und gastronomische Angebote. Gerade in Sommerzeiten hat sich das Ausgehverhalten der Menschen im Land verändert. Ein mediterraner Lebensstil des späten Ausgehens hat sich etabliert, auf den es mit der passenden Rahmengesetzgebung durch den Landesgesetzgeber zu reagieren gilt. Längere Öffnungszeiten und verlängerte Betriebszeiten für Außenbewirtschaftungen im Sommer sollten Ziel einer Novellierung der Landesgesetze sein.

2.6. Schuldenbremse für Kommunen

Viele Kommunen im Land haben kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem. Die Städte und Gemeinden sind mit den ihnen gesetzlich zugewiesenen Ausgaben überlastet. Die stetig steigenden Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger an Zusatzleistungen muss mit einer generationengerechten Finanzpolitik in Einklang gebracht werden. Es darf heute in der Politik nichts mehr auf Pump und damit zu Lasten der jungen Generation finanziert werden. Wir setzen daher auf Nettoneuverschuldungsverbote in den kommunalen Haushaltsordnungen und die Einsicht unserer kommunalen Mandatsträger.

2.7. Änderung Wahlrecht: Möglichkeit zur Kandidatur trotz Erstwohnsitz an Studien- oder Arbeitsort

Aufgrund hoher Kosten durch die Zweitwohnsitzsteuer in vielen Städten entschließen sich viele junge Menschen, sich umzumelden und den Erstwohnsitz an den Studien- oder Arbeitsort zu verlegen. Diese sind aber häufig mit ihrer Heimat verwurzelt, verbringen auch weiterhin viel Zeit am Heimatort und orientieren sich nach abgeschlossenem Studium oder abgeschlossener Ausbildung wieder zurück Richtung Heimat. Oft sind diese Menschen auch bereit, politische Verantwortung zu übernehmen. Diese Heimatverbundenheit sollte unterstützt werden und es sollte eine Möglichkeit geschaffen werden, dass diese Personengruppen auch am Heimatort für ein öffentliches Amt kandidieren können, wie es z. B. in Bayern bereits möglich ist.

3. Ideenkatalog für Kandidatinnen und Kandidaten vor Ort

3.1. Durchführung regelmäßiger Jugendversammlungen in einzelnen Stadtteilen mit Moderatoren

Kommunalpolitik ist das Einstiegstor für junge Menschen, um sich mit Politik zu beschäftigen. Gerade die Partizipation junger Menschen muss gezielt über das aktive Wahlrecht ab 16, das nur geringe Wirkungen auf die politische Partizipation hat, hinaus gefördert werden. Partizipation und Teilhabe geht heute jedoch zumeist über zielgruppenspezifische Themen und Entscheidungskompetenzen. Was junge Menschen in ihrer Schule oder Gemeinde bewegt und betrifft, muss gehört, erörtert und schnell gemeinsam mit Jugendlichen entschieden werden. Jugendversammlungen mit geschulten Moderatoren und Experten aus Fachverwaltung und Politik können gemeinsam Ideengeber für eine attraktive Kommunalpolitik im Sinne junger Menschen vor Ort sein.

3.2. Erstwählerbrief verfassen

Parteien haben die Möglichkeit, vor Wahlen die Adressen der Erst- oder Jungwähler (bis zu einem bestimmten Alter) von der Gemeinde zu erhalten (häufig allerdings nicht digital, sondern nur in Form von Etiketten). Der Erstwählerbrief ist eine sehr gute Gelegenheit, direkt mit eurer speziellen

Zielgruppe als junge Kandidaten in Kontakt zu kommen. Sprecht euch deswegen – sofern die JU-Kandidaten auf einer CDU-Liste kandidieren – mit eurer CDU ab, ob der Erstwählerbrief von den jungen Kandidaten selbst verfasst werden kann. Diese können einerseits junge Wähler eher davon überzeugen, die CDU zu wählen; andererseits rückt ihr euch als junge Kandidaten besonders in den Vordergrund.

3.3. Einrichtung eines Jugendgemeinderates als direktdemokratische Stimme der Jugend

Jugendgemeinderäte sind kein Allheilmittel, zumal wenn nicht ohne klare Entscheidungskompetenz und Budgetrecht. Aber vielerorts kann die Einrichtungen von Jugendgemeinderäten eine sinnvolle Möglichkeit sein, junge Menschen mitreden und mitentscheiden zu lassen. Kommunen sollten gehalten sein, sich für ein Modell von Jugendbeteiligung in ihrer Kommune zu entscheiden und dieses transparent machen. Auch Jugendforen oder ein regelmäßiger Austausch mit Jugendvertretern (z. B. SMV) können hilfreich sein. Wichtig ist eine kontinuierliche konkrete Beteiligungsmöglichkeit Jugendlicher.

3.4. „Virtuelle Stadtführung“ fordern und selbst durchführen

Diese Idee verbindet Forderung und Wahlkampf direkt miteinander: Die JU stellt die Forderung auf, dass die jeweilige Stadt oder Gemeinde eine „virtuelle Stadtführung“ anbietet – in Form einer App oder mehrerer Internetseiten, die jeweils über QR-Codes auf (oft ohnehin schon vorhandenen) Hinweisschildern aufgerufen werden können. Um das Prinzip zu demonstrieren und gleichzeitig für sich zu werben, schreibt der JU-Verband eine Handvoll Texte zu einzelnen Orten innerhalb der Gemeinde oder nimmt Videobotschaften auf (natürlich gesprochen von den Kandidaten!), stellt diese online und plakatiert genau an den beschriebenen Orten jeweils DIN-A1-QR-Codes sowie einen Klartext-Link zur Projektseite. Auf dieser Seite findet sich neben dem jeweiligen „Stadtführungstext“, auf dem die JU Informatives oder Anekdoten zur Stadtgeschichte verbreitet, natürlich auch ein Hinweis auf die Kandidaten und Themen der JU zur Kommunalwahl.

3.5. Ausbau des Kinder- und Ferienprogramms insbesondere zur Vermittlung der Stadtgeschichte, Kennenlernen der Umwelt und Natur vor Ort

Gerade im Sommer werden berufstätige Eltern jährlich vor die Herausforderung gestellt, dass ihre Kinder über sechs Wochen nicht betreut werden. Hier kann der Ausbau des Ferienprogramms helfen. Das Ferienprogramm bietet für die Kommune die Chance den Kindern etwas über die Stadtgeschichte und die Umwelt und Natur vor Ort zu vermitteln.

3.6. Schulstarter-Sets für Erstklässler

Für viele Eltern stellt die Einschulung ihrer Erstklässler/-innen eine große finanzielle Belastung dar. Hilfe bieten kann ein Gutschein für den Schulstarterset, der unter anderem Ranzen, Hefte und Stifte beinhaltet. Hier könnte – unterstützt durch lokale Einzelhändler – für eine „Grundausrüstung“ aller Kinder zum Schulanfang gesorgt werden.

3.7. Einführung von „Schnuppermitgliedschaften“ in Sport- und Kulturvereinen

Immer weniger, auch weniger junge Menschen sind bereit, einem Verein beizutreten. Oftmals fehlen auch schlicht die finanziellen Mittel. Hier kann die Kommune ansetzen und „Schnuppermitgliedschaften“ schaffen, indem sie im ersten Jahr den Mitgliedsbeitrag übernimmt.

3.8. Einrichtung eines Wirtschaftsausschusses im Gemeinderat

Ein Wirtschaftsausschuss ist vielerorts noch nicht üblich. Dies sorgt dafür, dass Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsförderung in erster Linie als Sache der Verwaltung gesehen werden, während die Gemeinderäte in diesem zentralen Politikfeld oft wenig eigene Kompetenz aufbauen. Ein eigener Ausschuss wäre ein effektives Mittel um Ratsmitgliedern zu ermöglichen, sich intensiv mit Wirtschaftspolitik auseinanderzusetzen mittels Firmenbesuchen und Themensitzungen (z. B. zu Existenzgründung, Start-Ups, Elektromobilität oder Fachkräftemangel).

3.9. Gemeinderäte 2.0

Die JU fordert, dass jeder Gemeinderat im Land per Computer, Laptop oder Tablet seine ehrenamtliche Tätigkeit ausüben sollte. Wenn es Sitzungsunterlagen über ein Ratsinformationssystem ausschließlich in elektronischer Form gibt, führt dies zu einer Senkung des Papierverbrauchs und erleichtert den Gemeinderäten ihre Arbeit. Auch für Bürger könnte man elektronisch zugängliche Vorlagen vorhalten. Zumindest sind die Gemeinden gehalten, Wahlmöglichkeiten zwischen digitalen Unterlagen und Vorlagen auf Papier zu schaffen.

3.10. Präsenz der jeweiligen Kommune in sozialen Netzwerken wie Facebook

Die Präsenz auf einem sozialen Netzwerk bietet der Kommune die Chance, einen größeren Adressatenkreis direkt über die Gemeindetätigkeit zu informieren. Oftmals entstehen auf solchen Seiten auch Diskussionen, die teilweise bei Entscheidungsfindungsprozessen hilfreich sein können. Dabei ist der Verwaltungs- und Finanzaufwand vergleichsweise gering.

3.11. Zusammenlegung von städtischen Einrichtungen mit anderen Kommunen / Interkommunale Zusammenarbeit

In Zeiten begrenzter finanzieller Mittel der Gemeinden ist es sinnvoll, dass kleinere Gemeinden insbesondere bei der Ausstattung ihrer Betriebshöfe auf Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden setzen: Nicht jede Kommune muss zwingend jede Art von Gerät vorhalten. Hier kann die Junge Union einfach konkrete Einsparmöglichkeiten aufzeigen.

3.12. Bewerbungen um Landesgartenschauen oder Kleine Gartenschauen / Flächenverbauchsmanagement

Viele Stadtbauämter kleiner Kommunen sind aus kapazitären Gründen nicht mehr in der Lage, Städtebau zu betreiben und sich so gesamtstädtischen Konzepten zu widmen. Machbarkeitsstudien, die im Rahmen einer Gartenschau entstehen, ermöglichen so einen Impuls

von außen und von Experten, die den Blick einer Stadt auch wieder auf Projekte der Innenkonversion richten.

Meist sind die Städte durch den Druck der Bevölkerung nach Wohnraum darauf fokussiert, nur Neubaugebiete zu erschließen anstatt der Frage nachzugehen, wo es freie Stellen innerhalb der bereits bebauten Strukturen gibt. So können beispielsweise bisherige reine Industriegebiete zu Mischgebieten weiterentwickelt werden, die neue belebte Quartiere sind.

3.13. Modernisierung der Straßenlaternen, Umstellung auf LED-Lampen

Die LED-Technologie ist die Zukunftstechnik in der Straßenbeleuchtung. Durch die hohe Energieeffizienz bietet die Technik hohe Einsparpotenziale. Zudem verursachen LEDs weniger Streulicht, was zu weiterem Sparpotenzial führt und die „Lichtverschmutzung“ einschränkt. Kommunen scheuen zwar oft die höheren Anfangsinvestitionen, hier können wir aber darauf verweisen, dass diese sich langfristig bezahlt machen.